

Wehrdienst als Schnupperkurs

Die Absicht der neuen Regierungskoalition, den Wehrdienst auf sechs Monate zu verkürzen, reiht sich nahtlos in eine Reihe von gravierenden Fehlentscheidungen ein.

Mit diesem Plan verabschiedet sich die schwarz-gelbe Koalition endgültig von einer sicherheitspolitischen Begründung für die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht. Es wird lediglich der Versuch unternommen, mit einem kürzeren Wehrdienst mehr Wehrgerechtigkeit herzustellen. Ein sinnvoller Dienst der Wehrpflichtigen in den Streitkräften wird so unmöglich.

Stattdessen verkommt der Wehrdienst zum reinen Schnupperkurs. Er hat nur noch den Zweck, fehlenden Nachwuchs für die Streitkräfte zu gewinnen. Dafür einen Pflicht- und somit Zwangsdienst für junge Männer aufrecht zu erhalten, ist verantwortungslos und rückwärtsgerichtet. Die Einberufungspraxis entspricht heute schon nicht mehr den veränderten Realitäten des Ausbildungs- und Berufslebens. Junge Männer müssen künftig unter diesen unausgegorenen Vorstellungen beruflich leiden.

Leiden wird auch die Attraktivität der Bundeswehr. Denn die Grundwehrdienstleistenden werden ab 2011 vermutlich nur noch zentral bei der Streitkräftebasis oder beim Heer ihren Wehrdienst ableisten können. Wer sich für Marine oder Luftwaffe interessiert, muss sich länger verpflichten. Alles andere wäre gar nicht finanzierbar.

Und der Plan geht zu Lasten der Streitkräfte. Denn der Ausbildungsaufwand an Personal, Material und Infrastruktur wird immens. Die Streitkräfte werden dadurch in neue,

„Die Verkürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate ginge zulasten der Qualität der Streitkräfte“



Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

teure Strukturentscheidungen gezwängt, die sie nicht brauchen. Es muss zusätzliche Infrastruktur geschaffen werden, die zulasten der Zeit- und Berufssoldaten geht. Dringend nötige Strukturveränderungen aber, die unter Minister Jung unterblieben sind, werden weiter unterbleiben. All das kostet Geld. All das belastet die Bundeswehr bei ihren ohnehin schon schwierigen Auslandseinsätzen.

Anstatt intelligente Lösungen für die Wehrpflicht zu suchen, setzt Schwarz-Gelb auf faule Kompromisse. Die SPD ist die einzige Partei, die die Wehrpflicht, in unseren Augen die beste aller Wehrformen, erhalten will, indem sie sie weiterentwickelt. Wir wollen in allen Bereichen der Gesellschaft ein starkes Element der Freiwilligkeit einführen. So auch bei der Wehrpflicht. Unser Modell beschränkt sich bei der Einberufung auf diejenigen, die vorher erklärt haben, dass sie ihren Wehrdienst auch wirklich leisten wollen. Diese jungen Frauen und Männer wären weiterhin die beste denkbare Klammer zwischen Gesellschaft und Bundeswehr.

Rainer Arnold